



BESCHLUSS-(RESOLUTIONS-)ANTRAG

der Gemeinderät*innen Mag.^a Berivan Aslan, Viktoria Spielmann BA und Nikolaus Kunrath (GRÜNE),
eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 22.9.2021
zur Debatte zum Dringlichen Antrag betreffend „Humanitäre Hilfe für Afghaninnen und Afghanen vor Ort“

Initiative „Sichere Häfen“ - Aufnahme von afghanischen Frauen und Mädchen

B E G R Ü N D U N G

Nach dem Rückzug der internationalen Truppen aus Afghanistan und der Machtübernahme der Taliban hat sich die Sicherheits- und Menschenrechtslage in vielen Teilen des Landes massiv verschlechtert. Schätzungen zufolge sind seit Anfang 2021 über 550.000 Afghan*innen innerhalb des Landes neu vertrieben worden, davon 126.000 neue Binnenvertriebene allein zwischen 7. Juli und 9. August 2021. Zuletzt überschatteten unzählige Berichte von Chaos, Verzweiflung und Gewalt am Flughafen in Kabul unsere Medien.

In der ersten Regierungszeit der Taliban in Afghanistan (zwischen 1996-2001) litten Frauen und Mädchen unter extremen patriarchalen Strukturen, Misshandlungen, Zwangsverheiratungen, struktureller Gewalt und Hinrichtungen. Frauen durften prinzipiell nicht das Haus verlassen, und wenn, dann nur in Burka und in Begleitung eines männlichen Familienmitglieds. Es war Frauen außerdem verboten, zu arbeiten und ab dem Alter von acht Jahren unterrichtet zu werden.

In den vergangenen 20 Jahren wurde in Afghanistan hart für Frauenrechte gekämpft. Die Errungenschaften werden nun aber wieder schrittweise rückgängig gemacht. Obwohl die Taliban nach außen hin versuchen gemäßigter zu wirken als damals, häufen sich Berichte von Repressalien gegen die Bevölkerung, ganz besonders gegen Frauen. Zum Beispiel, rief ein Taliban-Sprecher Ende August arbeitende Frauen dazu auf, „vorerst“ zuhause zu bleiben. Begründet wurde dieser Aufruf damit, dass die Taliban-Mitglieder noch nicht gelernt hätten, Frauen kein Leid zuzufügen. Weiters wurden Frauen-Proteste gegen die Taliban-Herrschaft erst kürzlich mit Gewalt aufgelöst. Berichten zufolge wurden Demonstrantinnen und Journalistinnen festgehalten und misshandelt. Demonstrationen wurden vom Innenministerium verboten.

Wie aus unzähligen Berichten und Stellungnahmen von Expert*innen eindeutig hervorgeht, hat die Machtübernahme der Taliban schwerwiegende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, vor allem auf Frauen und Mädchen. Aktivistinnen, Journalistinnen, Richterinnen, Politikerinnen, Angehörige von Minderheiten und LGBTIQ-Personen, sind ganz besonders gefährdet.

UNHCR forderte die Staatengemeinschaft auf, neben humanitärer Hilfe auch Schutzsuchende aus Afghanistan aufzunehmen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen forderte alle EU-Mitgliedsstaaten zur Aufnahme schutzbedürftiger Afghan*innen auf und erklärte, dass die EU-Kommission finanzielle Unterstützung dafür bereitstellen würde. In Österreich hat unter anderem Bundespräsident Alexander van der Bellen zur Aufnahme von Schutzsuchenden aus Afghanistan aufgerufen. An der Spitze sollten Frauen und Mädchen stehen, die für die EU bzw. ihre Länder gearbeitet haben und „unsere Freunde und Verbündete sind“.

Diesen Aufrufen sind bereits einige Staaten gefolgt. Kanada hat sich zum Beispiel bereit erklärt, Schutzsuchende aufzunehmen. Dazu zählen unter anderem Mitarbeiter*innen von Menschenrechtsorganisationen, Journalist*innen und weibliche Führungskräfte. Weiters hat sich kürzlich die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen (NRW) für die Aufnahme von afghanischen Flüchtlingen ausgesprochen. NRW möchte vor allem Bürgerrechtlerinnen, Menschenrechtsaktivistinnen, Künstlerinnen, Journalistinnen und anderen gefährdeten Frauen mit ihren Familien aufnehmen.

Als Menschenrechtsstadt muss auch Wien den genannten Aufrufen folgen und sich an der Aufnahme von Schutzsuchenden beteiligen. Konkret soll Wien sich zur Aufnahme von schutzsuchenden Frauen und Mädchen und deren Familien bereiterklären, vor allem von

- Menschenrechtsaktivistinnen und Menschenrechtsverteidigerinnen;
- Frauen aus dem Bereich des öffentlichen Lebens und des Bildungswesens;
- Journalistinnen;
- Politikerinnen;
- Richterinnen;
- Mitarbeiterinnen humanitärer Organisationen;
- Frauen, die bisher mit den Organisationen der internationalen Gemeinschaft zusammengearbeitet haben, und dafür verfolgt werden;
- Personen, die durch die Einführung der Scharia in ihrer rigiden Auslegung an Leib, Leben und Freiheit bedroht sind wie z.B. LGBTIQ-Personen oder Angehörige religiöser oder ethischer Minderheiten.

Dass Städte selbst aktiv werden können zeigt die Kampagne „Seebrücke“. 267 Städte und Kommunen, darunter Berlin, Hamburg und München, haben sich bisher der Initiative angeschlossen und bekennen sich dazu ein „Sicherer Hafen“ für geflüchtete Menschen zu sein. „Sichere Häfen“ sprechen sich für sichere Fluchtwege aus, heißen Schutzsuchende willkommen und nehmen mehr Menschen auf als sie müssen. Sie setzen sich für ein langfristiges Ankommen von Geflüchteten in der Gesellschaft ein und vernetzen sich mit anderen Städten und Kommunen, um gemeinsam für eine menschenrechtskonforme Migrations- und Asylpolitik einzustehen.

Die unterzeichnenden Gemeinderät*innen stellen daher gemäß 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat fordert Herrn Bürgermeister Dr. Michael Ludwig auf, mit allen öffentlichen Stellen und Institutionen der Stadt Wien eine Initiative für „Sichere Häfen“ im Sinne der Kampagne „Seebrücke“ in Österreich zu starten. Dies soll auch über Wien hinaus zB im Städtebund fortgeführt werden.

Die Stadt Wien soll in weiterer Folge zum „Sicheren Hafen“ erklärt werden und sich für die Aufnahme von Flüchtlingen, vor allem von schutzsuchenden Frauen und Mädchen aus Afghanistan, bereit erklären.

In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung an den Bürgermeister.

Wien, am 22.9.2021